

Kreistag
Sitzung am 05.07.2004



Drucksache Nr. 092/2004 öffentlich

Änderung der Hauptsatzung - Veränderung der Ausschusszuständigkeiten -

Anlagen: 2

Gäste: keine

Sachverhalt:

Die Verteilung der kommunalpolitisch bedeutsamen Themen, aber auch die Zahl der zu behandelnden Tagesordnungspunkte und die Dauer einzelner Sitzungen haben in der zurückliegenden sechsten Wahlperiode des Kreistages gezeigt, dass eine Umverteilung unter den Ausschüssen erforderlich ist. So waren z.B. die Sitzungen des Ausschusses für Kultur, Soziales und Gesundheit in der Vergangenheit regelmäßig geprägt von einerseits großer Themenfülle, andererseits auch enormer kreispolitischer Bedeutung der Themen. Daneben wurde es gleichzeitig zunehmend schwierig, für den Umwelt- und Technischen Ausschuss noch geeignete Themen auf die Tagesordnung zu setzen.

Ziel einer Neuordnung sollte es sein, für eine möglichst gleichmäßige Auslastung der Ausschüsse zu sorgen und allen drei „großen“ Ausschüssen (ohne Jugendhilfeausschuss, der eine Sonderrolle einnimmt) mindestens ein kommunalpolitisches Schwerpunktthema zuzuordnen.

Nach der derzeit geltenden Fassung der Hauptsatzung (siehe Anlage 1) sind die kommunalpolitischen Schwerpunktthemen wie folgt auf die Ausschüsse verteilt:

Ausschuss für Verwaltung und Wirtschaft

- Öffentlicher Personennahverkehr ÖPNV
- Schülerbeförderung
- Feuerwehr, Rettungsdienst, Katastrophenschutz
- Tourismus
- Wahlen
- Wirtschaftsförderung
- Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen

Ausschuss für Kultur, Soziales und Gesundheit

- Schulangelegenheiten einschließlich Schulbaumaßnahmen
- Bildungswesen (Fernstudienzentrum, Volkshochschulen ...)
- Themen der Sozialplanung (Pflegeplanung, Eingliederungsplanung ...)
- Gesundheitswesen
- Kulturpflege

Umwelt- und Technischer Ausschuss

- Abfallwirtschaft einschließlich Baumaßnahmen
- Straßenbau
- Umweltschutz
- Landwirtschaft

Aus dieser Themenverteilung resultiert eine deutliche inhaltliche Ungleichbelastung der Ausschüsse. Der ÖPNV (mit der Schülerbeförderung) war und bleibt ein „Dauerthema“ von enormem Gewicht – inhaltlich und in finanzieller Hinsicht. Schulangelegenheiten sind wegen der grundsätzlichen und finanziellen Bedeutung ebenfalls ein kommunalpolitisches Schwerpunktthema, sie werden es nach derzeitigem Stand auch auf Jahre bleiben (Beispiele: Weiterentwicklung des beruflichen Schulwesens, geplante Baumaßnahmen am Internat, der Robert-Gerwig-Schule Furtwangen, dem Technischen Gymnasium Schwenningen, der Kaufmännischen Schule Villingen / Turnhalle). War die Sozialplanung bereits in den vergangenen Jahren ein kommunalpolitisches „Schwergewicht“, so wird diese – schon aufgrund der enormen finanziellen Auswirkungen – in den nächsten Jahren noch an Bedeutung gewinnen, da nach der Verwaltungsreform der Landkreis nun zusätzlich für die Eingliederungsplanung für Menschen mit Behinderungen zuständig ist. Dagegen hat die Abfallwirtschaft nach den Grundsatzentscheidungen der letzten Jahre an Bedeutung eingebüßt. Im Straßenbau ist schon aus finanziellen Erwägungen heraus keine grundsätzliche Veränderung zu erwarten. Der Bereich der Landwirtschaft, wenn auch durch die Verwaltungsreform gestärkt, besteht überwiegend aus staatlichen Aufgaben.

Um für die anstehende siebte Wahlperiode des Kreistages eine kommunalpolitisch möglichst ausgewogene Themenverteilung der Ausschüsse zu gewährleisten, gibt es im wesentlichen drei Alternativen für eine Neustrukturierung, wobei weitere Modifikationen denkbar sind:

Alternative 1 „Kleine Lösung“

Diese Alternative hat die weitgehende Beibehaltung der bisherigen Zuständigkeiten zum Inhalt. Das Gesundheitswesen soll vom Kulturausschuss, der Komplex „Feuerwehr und Rettungsdienst“ vom Verwaltungsausschuss zum Umwelt- und Technischen Ausschuss verlagert werden. Die inhaltliche Verschiebung müsste sich dann auch in einer Neu-Benennung der Ausschüsse widerspiegeln:

Ausschuss für Verwaltung und Wirtschaft

- **Öffentlicher Personennahverkehr ÖPNV**
- **Schülerbeförderung**
- Tourismus
- Wahlen
- Wirtschaftsförderung
- Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen

Ausschuss für Kultur, Soziales und Gesundheit (Neuer Name: Ausschuss für Bildung und Soziales)

- **Schulangelegenheiten einschließlich Schulbaumaßnahmen**
- Bildungswesen (Fernstudienzentrum, Volkshochschulen ...)
- **Themen der Sozialplanung (Pflegeplanung, Eingliederungsplanung ...)**
- Kulturpflege

Umwelt- und Technischer Ausschuss (Neuer Name: Ausschuss für Umwelt, Technik und Gesundheit)

- Abfallwirtschaft einschließlich Baumaßnahmen
- Straßenbau
- Umweltschutz
- Landwirtschaft
- Feuerwehr, Rettungsdienst, Katastrophenschutz
- Gesundheitswesen

Vorteil der „Kleinen Lösung“ wäre es, dass die Veränderungen relativ gering ausfallen, der Umweltausschuss erführe eine leichte Aufwertung. Die Zusammenstellung der Themen in den Ausschüssen wäre sinnvoll und inhaltlich passend.

Nachteilig könnte es sein, dass die eigentlich beabsichtigte Aufwertung des Umweltausschusses nicht so stark ausfallen wird.

Alternative 2 „Mittlere Lösung“

Zentrale Veränderung bei der „Mittleren Lösung“ ist der Wechsel der Schulangelegenheiten (mit Baumaßnahmen) vom Kulturausschuss zum Umweltausschuss. Auch hier sollte sich die inhaltliche Verschiebung in einer Neu-Benennung der Ausschüsse widerspiegeln:

Ausschuss für Verwaltung und Wirtschaft

- **Öffentlicher Personennahverkehr ÖPNV**
- **Schülerbeförderung**
- Feuerwehr, Rettungsdienst, Katastrophenschutz
- Tourismus

- Wahlen
- Wirtschaftsförderung
- Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen

Ausschuss für Kultur, Soziales und Gesundheit (Neuer Name: Ausschuss für Soziales und Gesundheit)

- **Themen der Sozialplanung (Pflegeplanung, Eingliederungsplanung ...)**
- Gesundheitswesen

Umwelt- und Technischer Ausschuss (Neuer Name: Ausschuss für Bildung, Umwelt und Technik)

- **Schulangelegenheiten einschließlich Schulbaumaßnahmen**
- Bildungswesen (Fernstudienzentrum, Volkshochschulen ...)
- Kulturpflege
- Abfallwirtschaft einschließlich Baumaßnahmen
- Straßenbau
- Umweltschutz
- Landwirtschaft

Vorteilhaft dürfte sich bei der „Mittleren Lösung“ auswirken, dass jeder Ausschuss einen eigenständigen kommunalpolitischen Schwerpunkt zu betreuen hätte.

Als Nachteil könnte es angesehen werden, dass die inhaltliche Verknüpfung von Abfallwirtschaft und Straßenbau zum Bildungssektor nicht sehr eng ist. Wegen der engen Verbindungen zwischen Kultur und Bildung sollte allerdings nicht nur der Schulbereich, sondern auch der Kulturkomplex verlegt werden. Der frühere „Kulturausschuss“ würde bei dieser Lösung ein Ausschuss für überwiegend soziale Fragen – und angesichts der finanziellen Rahmenbedingungen ein Ausschuss mit vergleichsweise geringen Gestaltungsspielräumen.

Alternative 3 „Große Lösung“

Die „Große Lösung“ hat die umfangreichsten Verschiebungen zum Inhalt. In diesem Fall würden Schulangelegenheiten (mit Baumaßnahmen) vom Kulturausschuss zum Verwaltungsausschuss verlegt, dafür sollte der ÖPNV vom Verwaltungsausschuss zum Umweltausschuss wechseln. Bei dieser Lösung sollte sich die inhaltliche Verschiebung ebenfalls in einer Neu-Benennung der Ausschüsse widerspiegeln:

Ausschuss für Verwaltung und Wirtschaft (Neuer Name: Ausschuss für Bildung, Verwaltung und Wirtschaft)

- **Schulangelegenheiten einschließlich Schulbaumaßnahmen**
- Bildungswesen (Fernstudienzentrum, Volkshochschulen ...)

- Kulturpflege
- Feuerwehr, Rettungsdienst, Katastrophenschutz
- Tourismus
- Wahlen
- Wirtschaftsförderung
- Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen

Ausschuss für Kultur, Soziales und Gesundheit (Neuer Name: Ausschuss für Soziales und Gesundheit)

- **Themen der Sozialplanung (Pflegeplanung, Eingliederungsplanung ...)**
- Gesundheitswesen

Umwelt und Technischer Ausschuss (Neuer Name: Ausschuss für Umwelt, Technik und Verkehr)

- **Öffentlicher Personennahverkehr ÖPNV**
- **Schülerbeförderung**
- Abfallwirtschaft einschließlich Baumaßnahmen
- Straßenbau
- Umweltschutz
- Landwirtschaft

Klarer Vorteil der „Großen Lösung“ wäre die inhaltlich und finanziell relativ gleichmäßige Auslastung der Ausschüsse. Weiterer Vorteil wäre auch die Bündelung aller Verkehrsthemen (ÖPNV und Straßen) bei einem Ausschuss.

Nachteilig dürfte es sein, dass auch bei dieser Lösung der frühere „Kulturausschuss“ ein Ausschuss überwiegend für soziale Fragen wird – und angesichts der finanziellen Rahmenbedingungen ein Ausschuss mit vergleichsweise geringen Gestaltungsspielräumen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Aus den dargestellten Gründen hält die Verwaltung einen Neuzuschnitt der Ausschusszuständigkeiten für sinnvoll. Es bietet sich an, das Auslaufen der sechsten Wahlperiode des Kreistages als Zeitpunkt für eine mögliche Neuordnung zu nutzen. Die Vor- und Nachteile der dargestellten Alternativen sind aufgezeigt. Aus Sicht der Verwaltung kommen – wegen der inhaltlich sinnvollsten Zusammenstellung der Themen – vor allem die „Kleine“ und die „Große Lösung“ in Betracht.

Nach § 3 Abs. 2 Zf.15 der Hauptsatzung in der geltenden Fassung obliegt es dem Kreistag, Satzungen und Rechtsverordnungen zu erlassen. Der Ausschuss für Verwaltung und Wirtschaft ist nach § 6 Abs. 7 Satz 1 der Hauptsatzung für die Vorbera-

tung zuständig. In seiner Sitzung am 14.06.2004 beauftragte der Ausschuss die Verwaltung mehrheitlich (13 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung), die Neufassung der Hauptsatzung entsprechend Alternative 1 („Kleine Lösung“) vorzubereiten und dem Kreistag zur Entscheidung vorzulegen.

Auf Grund des Sachzusammenhangs schlägt die Verwaltung ergänzend zur Vorlage im Ausschuss vor, im Rahmen der „Kleinen Lösung“ auch die Bereiche „Tierkörperbeseitigung (einschließlich Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung)“ sowie „Tierheim Donaueschingen“ dem Ausschuss für Umwelt, Technik und Gesundheit zuzuordnen.

Die beigelegte Satzung zur Änderung der Hauptsatzung (siehe Anlage 2) muss nach der Beschlussfassung öffentlich bekannt gemacht werden. Sie tritt am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die beigelegte Satzung zur Änderung der Hauptsatzung.